

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter im Brauereiwesen, Mälzereiwesen, Backwaren- und Lebensmittelgewerbe
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter und verwandter Berufsgruppen

Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter
Verlagsspreis: Vierteljährlich 2,40 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger: Hermann Wolff, Berlin, Unter den Eichen 10
Redaktion und Expedition: Berlin, Unter den Eichen 10
Druck: Spandauer Druckerei, Spandauer Platz 10, Berlin, S. 10

Postamt: Berlin, Unter den Eichen 10
Postfach 10
Telefon: 10 10 10

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung.

Der Glanz der Postkonjunktur ist wieder erloschen. Die Anzeichen des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs sind unverkennbar. Das Wesen der Arbeitslosigkeit hat bereits bei vielen Tausenden arbeitsbereiten Menschen seinen Einzug gehalten und weitere Zehntausende, ja Hunderttausende werden von ihm bedroht. Die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften, die Ziffern der Krankenkassen, der öffentlichen Arbeitsnachweise, der großen Verkehrsverbände, die Berichte der industriellen Firmen — sie alle gehen nach der gleichen Richtung: eine wirtschaftliche Krise ist wieder im Anzug.

Nach den Zusammenstellungen von 49 gewerkschaftlichen Verbänden mit 2.064.232 Mitgliedern waren in der letzten Woche des Monats Juni 1913 arbeitslos 53.669 Mitglieder, gleich 2,7 Proz. des Mitgliederbestandes. Verglichen mit den Normwerten weisen diese Zahlen eine Steigerung der Arbeitslosigkeit auf, wie sie in diesem Umfang seit 1908 nicht mehr zu beobachten war. Die Erscheinung erstreckt sich auf fast alle Gewerkschaften. Aus diesen Ziffern wird aber bei weitem nicht der volle Umfang der Arbeitslosigkeit ersichtlich. Da uns eine umfassende, zuverlässige Arbeitslosenstatistik immer noch fehlt, ist man zur Ermittlung des Gesamtumfangs der Arbeitslosigkeit auf Schätzungen angewiesen. Schon die Gewerkschaften, die noch keine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, sind in den angeführten Zahlen nicht inbegriffen. Dazu kommen die nicht mitgezählten Ausgesessenen und noch nicht Unterstützungsberechtigten. Unter Berücksichtigung dieser Gruppen wird man die organisierten Arbeitslosen auf 65.000 bis 70.000 schätzen dürfen. Dann aber das große Heer der Unorganisierten. Nach der letzten Berufsstatistik zählten wir in Deutschland 9.677.877 in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigte Personen. Nimmt man an, daß davon ebenfalls nur 2,7 Proz. beschäftigungslos sind, so kommt man schon auf 262.000 Arbeitslose im Deutschen Reich. In Wirklichkeit wird die Zahl noch beträchtlich größer sein. Denn erstens ist die Zahl der insgesamt beschäftigten Personen seit der letzten Berufszählung wieder beträchtlich gewachsen. Zweitens ist erfahrungsgemäß der Prozentsatz der Arbeitslosen bei den Nichtorganisierten erheblich größer als bei den Organisierten.

Bestätigt wird diese Annahme durch die Ziffern der öffentlichen Arbeitsnachweise. Nach den Feststellungen des Reichsarbeitsblatts waren im Juli d. J. bei den berichtenden 778 Arbeitsnachweisen für männliche Arbeiter rund 246.000 offene Stellen gemeldet, denen 413.000 Arbeitsgeuche gegenüberstanden. Nur 211.000 Stellen konnten vermittelt werden. Nicht weniger als 202.000 Arbeitsgeuche blieben demnach unverfügt. Die 778 berichtenden Arbeitsnachweise umfassen aber nur einen Teil des gesamten Arbeitsmarktes. Während im Juli 1912 nur 100 offene Stellen gemeldet kamen, liegt diese Zahl im Juli 1913 auf 1357. Am 1. August 1913 hatten die an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen 5.278.128 beschäftigte Mitglieder oder 41.616 weniger als am 1. Juli. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat um 0,65 Proz., die der weiblichen um 0,64 Proz. abgenommen. In normalen Jahren nimmt die Zahl der männlichen Mitglieder im Monat Juli zu und nicht ab. Die Ziffern des Eisenbahn-Güterverkehrs weisen ebenfalls auf eine Stagnation hin.

Nach aus den Messungen der großen, die Wirtschaftslage beherrschenden Industrien ergibt sich der Niedergang. Der Rohstoffmarkt hat eine Schwächung erfahren. Die Rohenerzeugung war nach der Statistik höher als je, und doch flagen die meisten Werke über Verdrückung des Marktes, die nach von den Eisenbergwerken gemeldet wird. Die Abfälle des Stahlwerksverbandes zeigen gegenüber dem Vormonat wie dem Vorjahr eine Verdrückung. So geht es weiter.

Bei Berücksichtigung all dieser Momente fällt es nicht mehr auf, daß schon jetzt, mitten im Hochsommer, in den Großstädten, wie Breslau, München, Berlin, massenhaft beunruhigte Arbeitslosenversammlungen stattfinden, in denen laut der Schrei nach Arbeit und Brot

erfüht, in denen das ganze grauenvolle Arbeitslosenheer, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung gebiert, aus den Höhlen hervordringt in die Öffentlichkeit. Selbst die bürgerliche Presse Berlins sah sich in den letzten Tagen veranlaßt, zur Frage der Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen. In der auf dem rechten Flügel der Fortschrittlichen Volkspartei stehenden „Voss'schen Zeitung" stand unter anderem zu lesen:

Die Berliner Gewerkschaften unterliegen heute 24.000 arbeitslose Mitglieder. Die Zahl der Arbeitslosen, die nicht organisiert sind, ist zweifellos nicht geringer. Danach sind in Berlin rund 30.000 Arbeiter ohne Beschäftigung. Die Stadt Berlin trägt heute für über 35.000 Almojenempfänger, 13.000 Pflegekinder, täglich für 4000 bis 5000 Obdachlose. Dazu kommen noch zahlreiche andere Obdachlose, für die der Mäheren und Herbergen sorgen. Die Zahl der Almojenempfänger und Obdachlosen in den Vor-

Entwicklung des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter.

Mitglieder im Jahresdurchschnitt:

1892	3390
1895	6018
1898	7645
1901	12121
1904	18485
1907	31612
1910	37074
1912	49834

Vermögen der Hauptkassen in Mark:

1892	9772
1895	35314
1898	76308
1901	156194
1904	35475
1907	665147
1910	976950
1912	1458606

suchen hat in der letzten Zeit auch zugenommen und soll jetzt annähernd 30.000 schon betragen. Das Bedenklichste hierbei ist, daß diese Zahlen jetzt im Sommer von Monat zu Monat zugenommen haben. Was soll da erst im Winter werden?

Auch das linksliberale „Berliner Tageblatt" warf diese Frage auf und bemerkte dazu:

Bisher hat man die Arbeitslosenfrage fast ausschließlich der Selbsthilfe der Arbeiter überlassen, und die Organisationen der deutschen Arbeiterkassen haben alljährlich Millionen aufgewandt, um die arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. Diese Taten sollten auch unsere politischen und gewerkschaftlichen Schürmacher berücksichtigen, die in den Gewerkschaften nur staatsfeindliche Elemente sehen. Die Gewerkschaften können von sich aus aber auf die Dauer das Hebel nicht allein sondern, zumal auch zahlreiche Arbeitslose einer Organisation nicht angehören. Hier hat die Gesellschaft die sittliche Pflicht,

eingzugreifen. Wir verüßern heute von Staatswegen den Arbeiter gegen Unfall, Krankheit, Alter und Invalidität, durch die Arbeitslosenversicherung soll auch der Angestellte für die Tage der Berufsunfähigkeit und des Alters sichergestellt werden. Die neue Altersversicherung hat auch die Einkünfte einer Schwangerschafts- sowie eine Witwen- und Waisenversicherung gebracht. Der Versicherungsgehalt hat aber nicht mit der Fortwählung zugenommen, die Hunderttausende von Arbeitern und Diensten von Angestellten nicht zu einem Gewerbe kommen läßt. Die Arbeitslosenversicherung steht in der Sicherungsreihe gegen die sozialen Schicksale des Lebens unserer arbeitenden Schichten noch. Und doch liegt hier ein weites Gebiet vorbeugender Maßnahmen gegen die sozialen Schäden unserer Zeit.

Damit ist bereits der Finger in die Wunde gelegt und der Weg gewiesen, der nun und zehender beschritten werden muß. Ein Eingreifen des Staates und der Einzelstaaten tut uns so dringendes not, als die Arbeitslosigkeit in eine Zeit großer Dürre tritt. Seit den Tagen, in denen die letzte heftige Wertschätzung gegen die hohen Lebensmittelpreise durchs Volk zog, sind die Preise nicht geringer geworden, sondern weiter gestiegen. Nach den Ziffern, die von der Arbeitsmarktkommission regelmäßig zusammengeleitet werden, sind die Unterhaltskosten gleichzeitig mit der Zunahme des Lebensniveaus von Arbeitskräften gestiegen. Daran steht selbst die „Frankf. Zeitung" folgende Kontingenzen:

Das bedeutet eine vollständige Verschlechterung der Lage des Proletariats. Denn der wöchentliche Lohn, der abnehm nur in wenigen Fällen wesentlich über der Standardziffer sich hält, wird noch mehr als sonst für die notwendigen Nahrungsmittel verbraucht, so daß für Wohnung, Kleidung usw. nur ein äußerst geringer Prozentsatz des Einkommens übrig bleibt. Gleichzeitig hat sich aber die Steuerlast, eine dauernde Erwerbslosigkeit zu erhalten, verringert, die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen.

Es wird dann weiter das Ergebnis einer Untersuchung des realen Handelsstands wiedergegeben, wonach von 1900 bis 1911 die Lebensmittelpreise gestiegen sind: in England um 9 Prozent, in Frankreich um 17 Prozent, in Spanien um 18 Prozent, in Deutschland um 28 Prozent.

Soll die mit voller Macht herüberbreitende Krise nicht unsere Versicherungen unter der Arbeiterkassen umfassen, soll sie nicht von unheilvollen Folgen für die ganze Gesellschaft begleitet sein, so muß den herrschenden Klassen des Gewinns, Parlament und Regierung müssen zum Eingreifen gezwungen werden. Wie notwendig es ist, daß die organisierten Arbeiterkassen auf den Plan tritt und von dem Staat, der den großen Grundbesitzern und Industriellen durch Höhe und Verbessehung aller Art Millionen zum Zufahrt eine den Gehoten der Wohlhabenden zuwendende Unterbringung der Arbeitslosen fordert, mag daraus erhellen werden, daß nur dem in der vorigen Woche in Wies abgehaltenen Reichstagen zu dem in der üblichen Weise bestimmende von Arbeitern als Studenten zusammengetrommelt wurden, nicht ein Wort über die Arbeitslosenfrage gesprochen werden ist. Das Zentrum, dessen Politik auf den Reichstagen verberichtet wird, weiß nichts von der Arbeitslosigkeit und denkt nicht daran, den Notleidenden zu helfen. In ericaullichem Gegensatz hierzu ist in den demnach in dem zusammengetrommelt von Arbeitern als Studenten über die Arbeitslosenfrage der Antrag gerichtet, die Frage der Arbeitslosenversicherung auf der Tagesordnung zu setzen. Auch, um sich selbst erst über diese Frage klar zu werden, soll der Reichstag zu ihr Stellung nehmen, sondern um die Desertionisten, die herrschenden Schichten auf die zunehmende Not hingewiesen und Hilfe von ihnen zu fordern.

Wer die Geschichte des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung kennt, weiß, daß mit anderen Werten zu rechnen ist. Das größte Hindernis bereiten die Schürmacher. Kaum daß die Frage aufs neue zur Diskussion gestellt ist, werden auch schon die Unterhüte aus dem Zentralverband der Industriellen wieder laut. In den bewegtesten Worten wird in der Presse der

這是一篇關於社會主義建設的論述。文章強調了集體主義和勞動的重要性，並呼籲廣大青年積極參與國家的建設事業。文中提到，只有通過共同的勞動和犧牲，才能實現國家的繁榮和民族的復興。文章還談到了教育在培養人才方面的重要作用，以及政府應如何引導和激發民眾的創造力。

青年與社會

青年是國家的未來，是社會的棟樑。在當前的形勢下，青年應具備高尚的品德和堅強的意志。文章指出，青年不應只顧個人的利益，而應將個人的發展與國家的前途緊密地聯繫在一起。通過不斷學習和實踐，青年可以為社會做出更大的貢獻。同時，社會也應為青年提供更多的機會和保障，讓他們能夠健康成長。

這是一篇關於教育改革的論述。文章探討了當前教育體系中存在的問題，如教學方法單一、實踐環節薄弱等。文章主張應加強與社會的聯繫，推行素質教育，注重學生的全面發展。同時，也呼籲政府加大對教育的投入，提高教育質量，為培養優秀人才提供堅實的基礎。

這是一篇關於經濟建設的論述。文章分析了當時的經濟狀況，並提出了發展生產力、改善民生的一系列建議。文章強調，只有經濟發展了，國家才能強盛，人民才能富裕。因此，必須堅持自力更生、艱苦奮鬥的精神，克服各種困難，推動經濟的持續增長。

這是一篇關於文化建設的論述。文章探討了文化在社會發展中的重要性，並呼籲加強對傳統文化的繼承和創新。文章指出，文化是民族的靈魂，是國家軟實力的重要體現。通過豐富的文化生活，可以陶冶情操，提高國民的素質，為社會主義建設提供強大的精神動力。

這是一篇關於政治建設的論述。文章強調了民主集中制的重要性，並呼籲加強黨內民主，提高決策的科學性和民主性。文章指出，只有堅持黨的領導，才能確保國家的穩定和發展。同時，也呼籲廣大黨員和幹部要嚴守紀律，勤政愛民，為人民服務。

這是一篇關於國際形勢的論述。文章分析了當時的國際局勢，並闡明了我國的外交政策。文章指出，我國應堅持獨立自主的和平外交政策，反對霸權主義和強權政治。同時，也呼籲加強與各國的友好合作，共同維護世界和平與發展。

so lange dem Bedürfnis ihrer Arbeiter zu widerstehen. Jedoch die Gründe sind nicht fremd. Erstens haben es die Kaiserläuterer Brauereien bis in die jüngste Zeit hinein verstanden, in ihren Betrieben ein Druck- und Einschüchterungssystem zu pflegen, das jede freie Bewegung in sterner Kraft. Und in den Betrieben, wo man seine Meinung gegen die Mitglieder der freien Gewerkschaften nicht offen zum Ausdruck brachte, bekamen es diese bei jeder Gelegenheit zu fühlen, daß man ihnen nicht hold ist. Diese Beeinträchtigung der freien Willensäußerung bewirkte auf Seiten der Arbeiter eine starke Indifferenz gegenüber ihrer Organisation, dem Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Zweitens haben sich die Kaiserläuterer Brauereien ihre Treustruppe gegliedert. In den meisten Betrieben wurde kein gelernter Brauer eingestellt, wenn er nicht Mitglied des unternehmerischen Brauereigenossenschaftsbundes war. Und drittens verteilte sich die geringe Zahl der freigeschäftlich organisierten Brauereiarbeiter in eine Anzahl Verbände. So hatten die Unternehmer jahrelang ein leichtes Spiel.

Im April 1911 reichte der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter in Gemeinschaft mit dem Böttcherverband an die Kaiserläuterer Brauereien die erste Tarifforderung ein. Die nachgehende Verhandlung wurde aber seitens der Kaiserläuterer Brauereien abgelehnt. Und dies geschah, nachdem die Brauereien ihr Schöffkind, den Brauereigenossenschaftsbund, in einem Schreiben vom 28. März 1911 bereits zur Tarifverhandlung eingeladen hatten. Der Brauereigenossenschaftsbund hatte allerdings damals die Kaiserläuterer Brauereien dadurch bewegt, mit ihm, dem beiderseitigen Brauereigenossenschaftsbund einen Tarifvertrag abzuschließen, indem er das „rote Geissen“ an die Wand malte. Dieß es doch in dem damaligen Anschreiben des Brauereigenossenschaftsbundes an die Kaiserläuterer Brauereien u. a.:

„Die Regelung der dortigen Verhältnisse auf der Basis eines einheitlichen Vertrages ist eine brennende Frage, welche möglichst schnell gelöst werden muß, wenn nicht noch die weitere intensive Entwicklung der freien Gewerkschaften in den dortigen Betrieben vor sich gehen soll.“

Dem Manne wird annehmen, daß sich die Brauereien zur Durchsetzung dieser Hintertreppenspolitik herbeigelassen haben, um sich zu belassen, gewiß nicht, sondern man wollte die Kaiserläuterer Brauereiarbeiter veräppeln. Es sollte ein für die geltender Tarifvertrag abgeschlossen werden, zu dem sie nichts zu sagen hatten. Es kam aber anders! Durch die Einreichung unserer Tarifforderungen ist die Tarifverhandlung der Brauereien nicht entzogen, da einerseits die Arbeiter noch viel zu schwach organisiert waren und andererseits die Brauereien sich im Falle eines Kampfes auf ihre Schützlinge, den Brauereigenossenschaftsbund, verlassen konnten. Wie demnach das Jahr 1911 eingeleitete Lohnbewegung mit dem Bemerkung, aufgehalten zu sein nicht aufgehoben. Das arbeiterschädigende Verhalten des Brauereigenossenschaftsbundes enthielt aber für die Arbeiter einen bitteren Nachgeschmack.

In der Vorjahre im Jahre 1911 hatte, wenn auch nicht der beabsichtigten Zweck erreicht, doch den Brauereien etwas des Gewissens erbärmlich. Es wurden Lohnzulagen gewährt, eine teilweise Arbeitszeitverkürzung vorgenommen und die schlimmsten Mängel beseitigt. Wie es bis dahin in einzelnen Betrieben noch ausfiel, dafür nur ein Beispiel: Wenn dortselbst gelocht wurde, mußte das Endhauspersonal bis 20 Stunden täglich arbeiten, ohne auch nur einen Pfennig für geleistete Heberarbeit zu erhalten. Abgesehen von der bis dahin üblichen, unbegrenzten Sonntagsarbeit konnten wir solche Fälle noch mehrere anführen. Was aber hauptsächlich ins Gewicht fiel, war, daß sich die Kaiserläuterer Brauereien von diesem Zeitpunkt an an das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter gewöhnen mußten. Wenn auch mancher Brauereileiter seine Antipathie noch demützte, so konnten sie doch nicht mehr verhindern, daß in den verschiedenen Fällen die Gerechtigkeit durch Eingriff der Organisationsleitung wieder hergestellt wurde. Dies förderte das Vertrauen der Kaiserläuterer Brauereiarbeiter zu ihrer Organisation.

Ingriffen erkrankte die Paktrolle des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kaiserläuterer Brauereien waren noch sehr verbesserungsbedürftig. Besonders kam es der Brauereiarbeiterchaft darauf an, ihr Arbeitsverhältnis tarifvertraglich zu regeln und einmal eine Minimalgrenze der Löhne festzusetzen, damit einmal der Wille in der Lohnzahlung Inhalt geboten und die Lohnrückstände beseitigt wird. Auch dem Brauereigenossenschaftsbund ist demselben das Hauptziel gekommen. Man hat auch in diesen Kreisen gesehen, daß mit der hohen Unternehmerverantwortung für die Arbeiter nichts zu erreichen ist. Die in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen verhandlungen sind in diesem Jahre, unter Ziehung aller Konsequenzen, gemeinsam in eine Lohnbewegung behufs Erringung eines Tarifvertrages einzutreten. Das Organisationsverhältnis der Arbeiter war aber zu dieser Zeit so wenig, als das bestehende Lohn- und Arbeitsverhältnis. Deshalb wurde die Zahl gewählt, betriebseigene unsere Forderungen zu stellen und zwar so, daß nur in den Betrieben vorgegangen wurde, wo das Organisationsverhältnis der Arbeiter den nötigen Rückhalt bot.

Am 12. März 1918 reichten wir der Brauerei Gebr. Dr. u. Co. unsere Tarifforderungen ein. Die Vorgänge, die sich während des Tarifkampfes mit der Brauerei Gebr. Dr. u. Co. abspielten, sind ja den Lesern dieser Zeitung bekannt. Es ist uns darauf nicht mehr einzugehen brauchen. Nach einer viertägigen Arbeitszeitverkürzung, unter Wirkung des beschriebenen Kontakts, kam am 5. Mai mit der Brauerei Gebr. Dr. u. Co. ein zeitweiliger Tarifvertrag zum Abschluß. Welche ist, daß der Partner des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, der Brauereigenossenschaftsbund, diese beiden Organisationen kamen bei der Tarifverhandlung mit der Brauerei Gebr. Dr. u. Co. in Betracht, weil wir während der Verhandlung nicht nicht, wenn am Tag der Verhandlung der Brauereigenossenschaftsbund, aber ohne jeden Gehalt, seine Mitglieder waren bis zum letzten Mann, was energisches Vorgehen ermöglichte, zum Streikrecht gezwungen.

Dieses traurige Beispiel hatte den Erfolg der Lohnbewegung der Brauereiarbeiter nicht nur beim Abschluß mit der Brauerei Gebr. Dr. u. Co., sondern insgesamt bedeutend beeinträchtigt.

Am 7. April d. J. haben wir auf Grund der uns gemachten Zusicherungen, daß die Brauereien bereit seien, behufs Abschluß eines Tarifvertrages mit uns in Verhandlungen zu treten, auch den übrigen Brauereien unsere Forderungen zugestellt. Wie sich die Brauereien dazu stellten, haben wir ebenfalls schon in früheren Berichten in dieser Zeitung veröffentlicht. Nachdem aber mit der Brauerei Gebr. Dr. u. Co. ein Tarifvertrag vereinbart war, rechneten wir mit dem Entgegenkommen der übrigen Brauereien. Dießerhalb wandten wir uns mit einem weiteren Schreiben an die übrigen Brauereien, was abermals abschlägig beantwortet wurde. Nach Abschluß des Vertrages mit der Brauerei Gebr. Dr. u. Co. glaubten die übrigen Brauereien ihre Arbeiter damit befriedigen zu können und die Arbeiterorganisation auszuhalten, indem sie teilweise Lohnzulagen gewährten, teilweise Neuregelungen in der Arbeitszeit vornahmen, und in sonstiger Hinsicht verschiedene Zugeständnisse machten. So schrieb uns u. a. in einem Antwortschreiben vom 3. Juni:

„Daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse mit Wirkung ab 23. Mai d. J. einer Neuregelung unterzogen wurden, so daß zu Weiterem keine Veranlassung besteht.“

Man tat nun so, als wenn eine Arbeiterorganisation in den Kaiserläuterer Brauereien nicht vorhanden gewesen wäre und diese niemals Forderungen gestellt hätte. Mit der vorstehenden Antwort war die Arbeiterchaft jedoch nicht befriedigt. Durch den unterchristlichen Auftrag der Arbeiter der Bayerischen Brauereigenossenschaft wurden die Organisationsleiter am 7. Juni bei der Direktion der vorgenannten Brauerei persönlich vorstellig. Dabei erhielten sie die Zusicherung, daß die Brauereien spätestens in vier Wochen Bescheid geben werden, ob sie mit den Arbeiterorganisationen einen Tarifvertrag abschließen oder nicht. Die Organisationsleitungen empfahlen der Arbeiterchaft, diesen Zeitpunkt abzuwarten. Jedoch wurden wir auch durch die nun erfolgte Antwort bitter enttäuscht. Sie lautete wiederum ablehnend. Weil dieses letzte Ablehnungsschreiben aber gar zu interessant ist, wollen wir es hier im Wortlaut folgen lassen:

Kaiserläuterer, den 3. Juli 1918.

An den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter verwandter Berufe

Krankfurt a. M.

Auf die Anfang vorigen Monats gegebene Unterredung höflich Bezug nehmend, teilen wir Ihnen mit, daß wir uns inzwischen Ihre Anliegen eingehend überlegt haben.

Wir müssen Ihnen heute nur mitteilen, daß zum Abschluß eines Tarifvertrages eine Veranlassung tatsächlich nicht vorliegt. Wir haben im Monat Mai die Lohnverhältnisse usw. einer Revision unterzogen und dabei alles getan, was wir nach Lage der Verhältnisse tun konnten und was in unseren Kräften stand; dabei haben wir auch den Arbeitern Urlaub und Vergütung bei Krankheitsfällen und militärischen Übungen usw. zugesichert. In Berücksichtigung des letzteren und des Umstandes, daß die Lage in der Branntweinindustrie eine äußerst schwierige ist, sollte man doch jetzt weitere Beantragungen von uns fernhalten.

Es ist auch eine Veranlassung zum Abschluß eines Tarifvertrages nicht gegeben, weil die Zahl unserer Arbeiter eine verhältnismäßig geringe ist und weil die Leute ja doch zufrieden sind und zufrieden sein können. Außerdem finden herabgesetzte Wünsche seitens unserer Arbeiter stets bei uns ein offenes Ohr. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß die Löhne in den Kaiserläuterer Brauereien ganz wesentlich höhere sind, als dieselben in anderen Arten der Brauereibranche bezahlt werden, von Brauereien, mit denen die hiesigen Brauereien konkurrieren müssen.

Alles in allem genommen besteht augenblicklich weniger denn je Veranlassung zum Abschluß eines Tarifvertrages. Es stehen deshalb auch die übrigen Kaiserläuterer Brauereien auf dem Standpunkt, daß ein solcher Abschluß unnötig ist und auch aus diesem weiteren Grunde kommt für uns ein Tarifvertrag nicht in Betracht, da wir Ihnen schon sagten, daß wir den übrigen Brauereien uns gleich verhalten.

Hochachtungsvoll!

Folgen Unterschriften.

Wir finden in dem vorstehenden Ablehnungsschreiben Gründe angegeben, die doch keinesfalls einer objektiven Beurteilung nachstehen können. Besonders der Grund, daß die Arbeiterzahl zu gering wäre, gewiß auch ein Grund! Wenn das „offene Ohr“ und die unbegrenzte Selbstständigkeit über die Zufriedenheit der Arbeiter. Wie die Zufriedenheit der Arbeiter in Wirklichkeit aussieht, davon konnte sich die Direktion der Bayerischen Brauereigenossenschaft am 22. Juli ein Bild machen. Des Wertens würde, traten an diesem Tage von 44 Personen 40 in den Aushang. Bei den sich anschließenden Verhandlungen wurde uns versichert, daß entgegen dem letzten Ablehnungsschreiben man sich in den letzten Tagen doch mit dem Gedanken vertraut gemacht hätte, einen Tarifvertrag abzuschließen. Da uns glaubhaft versichert wurde, daß uns diesbezüglich schon in der laufenden Woche Bescheid zugehen wird, wurde auf der Rat der Organisationsleitungen die Arbeit wieder aufgenommen.

Zufrieden erhielten wir am 25. Juli schon Bescheid, daß die Tarifverhandlungen aufgenommen werden können. Aber nicht von den Kaiserläuterer Brauereien, sondern von ihrem zu diesem Zwecke benannten Vertreter, dem Rechtsanwalt Schmidt aus Bielefeld. Der Rechtsanwalt Schmidt ist den Brauereiarbeitern bekannt als verfeindeter Gegner der Arbeiterforderungen. Da wir ihn nicht kennen, der unter den Kaiserläuterer Brauereien vorherrscht, hat uns die Heberarbeit ihrer Vertretung an Rechtsanwalt Schmidt aus Bielefeld ihre Vertretung an Rechtsanwalt Schmidt aus Bielefeld in Bielefeld herbeigeholt. Rechtsanwalt Schmidt hat dabei nur, daß dieselben Herren, die noch vor einigen Wochen einen so selbstherrlichen Standpunkt eingenommen haben, die sich nichts in ihre Betriebsaufnahme hineinreden lassen wollten, nun selbst auf das Wort verpflichtet haben und sich durch einen herrschenden Menschen vertreten lassen. Wie sich das verhalten und die Menschen ändern!

Die erste Tarifverhandlung fand am 28. Juli statt. Die Brauereien waren nur durch Rechtsanwalt Schmidt vertreten. Den Arbeitervertretern wurde eine Gegenvorlage unterbreitet, die mit Ausnahme der Arbeitszeit für die inneren Betriebsarbeiter an den bestehenden Verhältnissen wenig geändert hätte. Besonders bezüglich der Löhne und der Sonntagsarbeit fianden die Parteien weit auseinander. Nach vier Verhandlungen kam der Vertragsschluß zustande. Der Vertrag läuft bis 31. Dezember 1917.

Der Tarifvertragsabschluß bringt, besonders bezüglich der Arbeitszeit und Sonntagsarbeit, ungerechte Kollegen bedeutende Vorteile. Die Arbeitszeit verkürzt sich für die inneren Betriebsarbeiter in 2 Betrieben um 1 1/2 Stunden täglich, in einem Betriebe um 1 Stunde, in 2 Betrieben um 1/2 Stunden täglich und in einem Betriebe (Löwenburg) um 1/2 Stunde. Die 9 1/2 stündige Arbeitszeit wurde in allen Betrieben eingeführt. In einem Betriebe (Bayerische Brauereigenossenschaft) bestand bisher schon die 9 1/2 stündige Arbeitszeit. Die Arbeitszeit des Jahresarbeits im Innen- und Stadtbetrieb wurde auch geregelt und beträgt im Winter eine 12stündige, im Sommer eine 13stündige Prämienzeit unter Schwächung von einer Stunde tägiger Mittagspause. Für Landarbeiter wurde eine Winterprämie von neun Stunden im Winter und 8 Stunden im Sommer vereinbart. Auch für Maschinenisten und Heizer wurde eine Stunde tägige Mittagspause erzielt.

Die Sonntagsarbeit wird in Zukunft besonders bezahlt. Und zwar die ersten drei Stunden mit 50 Pf. pro Stunde und jede weitere Stunde mit 60 Pf. Bisher mußten sämtliche Arbeiter in zwei Großbetrieben und zwei Kleinbetrieben jeden Sonntag drei Stunden ohne Vergütung arbeiten, in dem einen Großbetrieb sogar bis fünf Stunden, in den übrigen Betrieben teilweise alle 14 Tage, teilweise alle vier Wochen. Das Jahressumme erhält, außer der Stallarbeit, die Sonntagsarbeit ebenfalls besonders bezahlt.

Lohnsätze wurden vereinbart: Für Brauer, Küfer, Schauffeure, Maschinenisten und Handwerker bei Einstellung 25 Mk., nach einem Dienstjahre 26 Mk., nach zwei Dienstjahren 27 Mk., nach drei Dienstjahren 28 Mk. Für Heizer und Bierfahrer 22 Mk., 23 Mk., 24 Mk., 25 Mk. Für Malzer- und Brauereihilfsarbeiter 21 Mk., 22 Mk., 23 Mk., 24 Mk. Für jugendliche Flaschenstellernarbeiter von 14 bis 16 Jahren: 12 bis 14 Mk., von 16 bis einjährig 18 Jahren: 15 bis 17 Mk. Die Lohnsätze der drei ersten Lohnklassen erhöhen sich ab 1. Januar 1918 im Endlohn um eine weitere Mark. Die Lohnsätze sind rückwirkend, d. h. jeder Arbeiter muß den im Verhältnis seines Dienstalters ihm zuzubehalten Lohn erhalten. Die Bezahlung der Heberarbeit wurde einheitlich geregelt; in einigen Betrieben wurde dafür bisher nichts bezahlt.

Ferner kam der Urlaub, jährlich bis 5 Tagen, zur Einführung und in Krankheitsfällen wird von 4 bis 17 Tag die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt.

Im ganzen bietet dieser Tarifabschluss für die Kaiserläuterer Brauereiarbeiterchaft einen beachtenswerten Fortschritt, wenn dadurch auch nicht jeder einzelne Kollege befriedigt wird. Es ist nicht zu verkennen, daß bezüglich der Lohnsätze mehr erwartet wurde, als wir erreicht haben. Doch ist auch hierbei zu berücksichtigen, daß bei Einleitung dieser jetzt abgeschlossenen Lohnbewegung eine Anzahl Brauer, Küfer, Maschinenisten und Handwerker mit 21 Mk., 22 und 23 Mk. pro Woche entlassen wurden. Eine Anzahl Bierfahrer erhielt 18 Mk., 19 und 20 Mk. Eine Anzahl Hilfsarbeiter 17 Mk., 18 Mk., 19 und 20 Mk. Es bestand bisher in den Kaiserläuterer Brauereien in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine provisorische Unebenheit. Diese ist durch den Vertragsabschluss jetzt beseitigt. Das Fundament ist gelegt, wir können in Zukunft weiterbauen. Weiterbauen aber nur dann, wenn die Brauereiarbeiterchaft ihre Schuldigkeit tut, wenn sie das erreichte Fundament in gutem Zustand erhält. Dazu ist notwendig, daß man sich nicht aus Eigenmut, weil man das nicht für sich erreicht hat, was man wünschte, zur Seite stellt und die gefährliche „Gebermut“ spielt, aber gar häufig auf keine Organisation schaut, sondern es ist notwendig, daß die noch kümmerliche Organisation ausgehoben und gestärkt wird, daß die Zersplitterung unter den Kollegen beseitigt wird, denn auch der beste Tarifvertrag ist nur auf dem Papier, wenn nicht eine starke Arbeiterorganisation für die Beachtung und Einhaltung des Tarifes sorgt. Von der Stärkung und vom Ausbau der Brauereiarbeiterorganisation wird auch die zukünftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kaiserläuterer Brauereien abhängen. Wenn dies beachtet wird, wenn die Brauereiarbeiter in der allgemeinen Arbeiterbewegung ihre Schuldigkeit tun, dann können die Kaiserläuterer Brauereien in Zukunft zehn Rechtsanwältinnen à la Schmidt, Bielefeld, zu ihrer Vertretung kommen lassen, sie werden den notwendigen Fortschritt mehr aufhalten, als ein einziger Herr, so wenig wir diesmal ohne Schmidt, trotz unserer Organisationskräfte, hätten mehr erreichen können.

Deshalb muß die Zeit, Kollegen, merkt in Euerem eigenen Interesse einig, lasst damit, daß wir bei jetzt so gut organisierten Kaiserläuterer Brauereien auch eine gute, einheitlich organisierte Brauereiarbeiterchaft gegenüber stellen können. Werde Mitglied in der in den Brauereien unabhängigen Organisation, in dem Verbands der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Bewegung im Berufe

Bezug ist fernzubehalten nach folgender

Brauereien:

- Corbach, Brauerei Bielefeld.
- Deggendorf, Brauerei Rung.
- Stiel (Stal), Brauereien.
- Reinhardt u. Koburg, Brauerei Sölgendorf.
- Stade, Brauerei Stee.
- Strinow, E.M., Bielefeld.
- Wettermann, Brauerei Bad.

Siermichlerlagen, Seltersfabriken:

- Hamburg, Mineralwasser- und Seltersfabrik von Dr. Erdmann u. Jacobi.

Brauereien und Seltersfabriken:

- Grünberg i. Schl., Seltersfabrik: E. Fr. Gehl.

heute gewollt, sie konnten dem Kampf auch nicht aus dem Wege gehen, und die an dem Kampf beteiligten Kollegen haben Stange gehalten. Aber da nun trotzdem die Streiks erfolglos waren, muß die „Bundes-Zeitung“ die Bundesbeamten rüfen wie dumme Jungen - immer indirekt. Das ist wieder eine von den „Ueberrassungen“, wie Lindner sie nennt, die die „Bundes-Zeitung“ liefert, und damit weitere „Ueberrassungen“ unterbleiben, hat die Bundesleitung wohl schleunigst den Redefuß der „Bundes-Zeitung“ gestoppt, denn die vor drei Wochen versprochene „Fortsetzung“ ist zu unserem größten Bedauern bisher ausgeblieben, so daß wir mit der ersten Lieferung uns begnügen müssen. Schade.

Auch im Rechnen versucht sich die „Bundes-Zeitung“. Genur v. b. Sie will beweisen, daß der Bund im Jahre 1912/13 gegenüber 1911/12 nicht um 134 Mitglieder abgenommen habe, wie wir nach der Beitragsleistung im Stand feststellen, sondern 1912 wäre gegen 1910 ein Zuwachs von 73 Mitgliedern zu verzeichnen, und nach den amtlichen Ermittlungen hat der Bund außer diesen 73 Mitgliedern seit dem letzten Delegiertentage über 200 Mitglieder zugenommen. Warum die „Bundes-Zeitung“ das Jahr 1911 ausläßt, wissen wir nicht, auch nicht, wie ihre amtlichen Ermittlungen aussehen. Was der Bund an Mitgliedern zu- oder abgenommen hat, ergibt sich aus den geleisteten Beiträgen, und wenn er seit dem letzten Delegiertentage über 200 Mitglieder zugenommen hat, so muß es mit seiner Mitgliederzahl zur Zeit des Delegiertentages recht bedenklich ausgesehen haben, wenn zum Jahresabschluss 1912/13 noch ein Verlust von 134 vorhanden war. Die Jahresleistungen aus Beiträgen an die Bundeskassen und danach der Mitgliederbestand des Bundes im Jahresdurchschnitt waren folgende:

Table with 3 columns: Jahr, Beiträge, Mitglieder. Rows from 1905/06 to 1912/13.

Der Verlust im letzten Jahre beträgt also 134 Mitglieder. Wir warten mit Interesse auf die Nachprüfung der Rechnung durch den Bundesvorstand, den die „Bundes-Zeitung“ zur Hilfe angerufen hat. Aber die einzelnen Jahreszahlen zeigen auch, wie nach der „Bundes-Zeitung“ der Bund im Aufschwung ist durch die aufblühenden Artikel in der „Bundes-Zeitung“, was uns nach ihrer Meinung „so im Mai verjagt“. Der „Aufschwung“ besteht in einem Minus von 114 in einem Zeitraum von sieben Jahren, dazu hat die „Bundes-Zeitung“ durch ihre „aufblühenden Artikel“ über auch beigetragen, und da kann man unsere „Wut“ schon begreiflich finden.

Uns über gewerkschaftliche Fragen mit der „Bundes-Zeitung“ zu unterhalten, wäre ungefähr so, als wenn man mit einer Kuh französisch reden wollte. Das eine wie das andere ist unmöglich aus begrifflichen Gründen. Aber trotzdem möchten wir, wie mangekränkt von Gewissensbissen die „Bundes-Zeitung“ Behauptungen aufstellt. Jüngst ein gelbes Winterblättchen oder eine R. Gladbacher Zeitung hat über den Verbandstag des „sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes“ berichtet und in Bericht eines „einen“ Verleumdungszweckes den Streit im Klubrevier als leuchtend bezeichnet. Die „Bundes-Zeitung“ übernimmt diesen Bericht und behauptet dreifach und gotteslästerlich, der Bergarbeiterverband habe selbst den Streit als leuchtend bezeichnet. Dazu gehört schon die „Anklage“-methode einer „Bundes-Zeitung“, um so etwas fertig zu bekommen.

Zur Schluss noch eine Bemerkung der - Phantastie der „Bundes-Zeitung“. Sie behauptet, daß wir im Prozeß Streikverbot/Krieg erklärt hätten, die Behauptung von der Streikverbotserklärung des Bundes nicht anrecht erhalten zu können und sie mit Bedauern als unwahr zurücknehmen. Das ist schon deshalb unmöglich, weil die Streikverbotserklärung zugegenbildlich nachgewiesen wurde. Die Ähren sind noch da zur Erinnerung, wenn es den interessierten Herren angenehm ist; sie würden der „Bundes-Zeitung“ kaum Dank wissen - der Kuh im Porzellanladen.

Aus der Unternehmerorganisation.

Angewandter Jungsternsinn. Der preussische Handelsminister hat folgenden Erlaß veröffentlicht:

Als Anlaß der Subventionierung der letzten Jahre sind sowohl bei den Beteiligten als auch bei den Behörden öfter Zweifel darüber entstanden, wie weit Zwangsleistungen zugehen sind, in den wirtschaftlichen Kampfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ihren Mitgliedern Vorschriften zu machen. Da die bei der Entscheidung von Einzelfällen von mir eingenommene grundsätzliche Stellung bisher nicht allgemein bekannt geworden ist, auch aus den von mir hierüber im Abgeordnetenrat abgegebenen Erklärungen irrtümliche Folgerungen gezogen worden sind, so lege ich mich veranlaßt, auf folgende Bestimmungen: Die sich Zwangsleistungen in Arbeitsverhältnissen nicht weiter betätigen sollen, als mit der Förderung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vereinbar ist, so dürfen sie auch im übrigen keine Forderungen stellen, die sich als Kampfmaßregeln in einem wirtschaftlichen Streite zwischen Arbeitgebern und Arbeitern darstellen. Deshalb ist es zum Beispiel unzulässig, wenn Zwangsleistungen ihre Mitglieder bei Streik verpflichten, alle gewerkschaftlich organisierten Gesellen zu entlassen und nur solche Gesellen im Betrieb zu nehmen, die einen bestimmten Arbeit unterzeichnet haben, oder wenn sie ihren Mitgliedern unter Strafandrohung allgemein und ohne Rücksicht auf den Inhalt verbieten, Sonderverträge mit den Gesellen abzuschließen, und wegen der Nichtbefolgung solcher Vorschriften Strafen gegen die Zwangsleistungsberechtigten festzusetzen. Bestrafungen, welche lediglich dazu dienen, die Zwangsleistungsberechtigten zur Befolgung der von den Arbeitgebern zum Besten der Erhaltung geistiger Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffenen Vereinbarungen zu nötigen, können überdies die Vorschriften der Gewerbeordnung gegen

den Koalitionszwang. Eine Verpflichtung der Zwangsleistungsberechtigten, nur bestimmte Gesellen in Arbeit zu nehmen oder bestimmte Gesellen zu entlassen, ist auch nach § 41 der Gewerbeordnung unzulässig. Soweit indes die Zwangsleistungsberechtigten in den von ihnen abzuschließenden Sonderverträgen Verpflichtungen übernehmen sollen, die mit bestimmten, gesetzlich von den Zwangsleistungen zu verfolgenden und daher auch von den einzelnen Zwangsleistungsberechtigten zu unterstehenden Zwangsleistungen in Widerspruch stehen würden - zum Beispiel die Verpflichtung, ausschließlich einen andern als den von der Zwangsleistung eingerichteten Arbeitsnachweis zu benutzen und somit den Zwangsleistungsberechtigten grundsätzlich zu meiden - oder soweit sie sich zur Innehaltung der Sonderverträge durch ehrenwörtliche Erklärungen verpflichten sollen, sind die Zwangsleistungen befugt, ihren Mitgliedern den Abschluß derartiger, gegen die Gesetze oder gegen die guten Sitten verstoßender Verträge zu untersagen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin N. 27, Schilderstraße 5 IV, Fernsprecher: Amt Königstadt 275.

Diese Woche ist der 35. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Emil Knopf, geb. 12. 6. 68 zu Hohenalza, eingetr. 20. 6. 12 in Waldenburg. Dessein Mitgliedsbuch (Nr. 55 384) liegt im Hauptbureau und ist von dort einzufordern.

Ausgeschlossen

wurden auf Antrag der Zahlstelle Hamburg: W. Weischnur, Buch-Nr. 88 370, eingetr. 1. 6. 1913, geb. 24. 2. 96 und E. Geuer, Buch-Nr. 88 369, eingetr. 1. 6. 1913, geb. 11. 2. 87; auf Antrag der Zahlstelle Mülheim a. d. Ruhr der Brauer Wilhelm Müller, Buch-Nr. 59 066, geb. 20. 6. 82, eingetr. 20. 10. 1911.

Verloren und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher:

Friedrich Schulz, Mitfahrer, Buch-Nr. 71 145, geb. 26. April 1869 in Deutsch-Rettow, eingetr. 5. Mai 1912 in Berlin.

Christian Eigenbrod, Hilfsmaschinenführer, Buch-Nr. 63 392, geb. 9. Oktober 1879 zu Brinshausen, eingetr. 5. April 1912 in Frankfurt a. M.

Peter Dahmen, Brauereiarbeiter, Buch-Nr. 77 433, geb. 28. Februar 1887 zu Bierjen, eingetr. 23. September 1912 in Bremen.

Borliehende Kollegen haben Duplikate erhalten; nur diese haben Gültigkeit.

Gestorbene Mitglieder.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlten Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.)

Chemnitz: Vetter, Fahrer, 38 Jahre (45 Mk.); Würzburg: Pfeiffer, Fahrer, 58 Jahre (75 Mk.); Freudenstadt: Andreas Lehmann, Brauer, 35 Jahre (60 Mk.); München: Paul Strobl, Bierfahrer, 60 Jahre (60 Mk.); Witten: Wilhelm Staats, Bierfahrer, 32 Jahre (45 Mk.); Breslau: Karl Heinze, Brauer, 44 Jahre (60 Mk.); Köln: Wilhelm Wehlen, Arbeiter, 30 Jahre (45 Mk.); Hannover: Fritz Bröder, Brauer, 58 Jahre (90 Mk.); Berlin: Rudolf Rolle, Müller, 50 Jahre (125 Mk.); Rülitz: Hermann Langensfreund, Arbeiter, 34 Jahre (45 Mk.). Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau: Ransich-Nischaffenburg 20 Mk.; Baasch-Kiel 30 Mk.; Gentschel-Gera 15 Mk.; Stierping-Hamburg 25 Mk.

Eingänge der Hauptkasse

vom 18. bis 24. August.

Bernigerode a. Harz 100,-; Meifen (Streik zurück) 7,50; Detmold (Rechtschutz zurück) 3,00; Frankfurt a. M. 3,-; Einbeck 100,-; Döbenburg 180,-; Gerode i. Harz 120,-; Draisburg 24,79; Saalfeld 354,77; Sonneberg 72,70; Kirmajens 2,70; Freiburg i. Schlei. 62,01; Großschönau 39,45; Zersch 50,-; Wartha 6,-; Ludwigslust 3,-; Nischaffenburg 200,-; Clausthal 10,50; Gera 500,-; Goslar 13,92; Duderstadt 25,-; Lobenstein 30,11; Baiel 27,-; Geislingen a. Steig 79,83; Stettin 51,50; Landshut 3,-; Küntringen 2,70; Langwedel 6,50; Köln 3,20; Frankfurt a. Main 3,-; Berlin 3,-; Köln 2,40 Mk.

Die Abrechnung für das 2. Quartal haben eingesandt: Saalfeld, Freiburg i. Schlei., Goslar, Duderstadt, Clausthal und Lobenstein.

Materialversand.

Culm i. Weist. 600 Markten a 30 Pf. Breslau 12 000 Markten a 50 Pf. und 1000 Markten a 30 Pf. Neubrandenburg 800 Markten a 50 Pf. und 800 Markten a 30 Pf. Freiburg i. Schlei. 200 Markten a 50 Pf. Würzen 2000 Markten a 50 Pf. Schweinfurt 2400 Markten a 50 Pf. Cottbus 800 Markten a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Freiburg i. Schl. Vertrauensmann Hf. Neugebauer, Sandstr. 1.

Korbhanjen. Kaffierer A. Heber, Franzberg 33 I. Unterhäusung wochentags von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr, Sonntags von 8 bis 10 Uhr vormittags.

Saalfeld. Vorsitzender Ernst Semmler, Langenichader Straße 41.

Strudal. Vorsitzender Frz. Hoffmann, Arneburger Straße 5 L.

Veranstaltungenanzeigen.

Sonnabend, den 30. August.

Gebirgsbach. 8 Uhr: „Zentralherberge“.

Leipzig. 8 1/2 Uhr: „Volksbau“.

Selk. 8 Uhr: „Zentralhalle“.

Stargard. 9 Uhr: bei Draeger, Stoenberg 30.

Sonntag, den 31. August.

Desslingen bei Rottweil. 2 1/2 Uhr: „Gasthaus zum Hirsch“.

Greifswald. 8 Uhr: „Orpheum“.

Hagen. 3 Uhr: bei Kademacher, Lindenitz.

Haberstadt. Vorm. 10 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Referent: Sekretär Reigert.

Memmingen. Vorm. 9 1/2 Uhr: „Zur Sonne“.

Mühlbacher-Braunbrunn. 2 Uhr: „Rühler Krug“ in Mühlbacher.

Niefa. 3 Uhr: „Kronprinz“.

Nelken. 4 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Waren. 8 Uhr: „Zur Traube“.

Montag, den 1. September.

Birmasens. 8 1/2 Uhr: bei Wäfer, Nodalberger Str. 16.

Mittwoch, den 3. September.

Rudolstadt. 8 1/2 Uhr: „Gambrius“.

Donnerstag, den 4. September.

Bremerhaven. 8 1/2 Uhr: „Gasthof zur Eiche“.

Sonabend, den 6. September.

Sof. 8 1/2 Uhr: „Delsnitzer Hof“. Referent: Blumtritt.

Sonntag, den 7. September.

Kempten. Vorm. 10 Uhr: „Bürgeraal“.

Nachruf.

Dienstag, den 19. August starb unser treues Mitglied der Kollege W. Wehlen im Alter von 30 Jahren infolge eines Unglücksfalles. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Zahlstelle Köln a. Rh.

Nachruf.

Infolge Unglücksfalles starb unser treuer Kollege, der Hilfsarbeiter W. Wehlen im Alter von 30 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren. Die Kollegen der Geronsbrauerei Köln a. Rh.

Nachruf.

Sonnabend, den 23. August starb unser treuer Kollege, der Bierfahrer Daniel Esser im Alter von 38 Jahren infolge eines Unglücksfalles. Ehre seinem Andenken. Die Zahlstelle Köln a. Rh.

Nachruf.

Am 15. August ist unsere Kollegin Hilma Vogel unerwartet aus dem Leben geschieden. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen u. Kolleginnen der Aktienbrauerei Wittweida.

Nachruf.

Dem Kollegen Ludwig Nickel nebst Frau zur silbernen Hochzeitfeier am 26. August die besten Glückwünsche. Die Kollegen am Stammtisch der Müllerherberge Frankfurt a. M.

Nachruf.

Unserem Kollegen Joh. Kreisel nebst Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der freiherrl. von Zugerischen Brauerei Abt. II Nürnberg.

Nachruf.

Unserem Kollegen Gustav Schäfer nebst Frau zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. Die Verbandskollegen von Ludwigslust.

Nachruf.

Unserem Kollegen Josef Reichel nebst Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Reichenhall.

Unserem Kollegen Johann Stegemeier und Frau Elsbeth, geb. Pfeil, zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. Die organisierten Brauer von Pakenhofer I, Berlin.

Die beste Bezugsquelle für wirklich brauchbare und extra starke Holzschuhe und Stiefel in den allerneuesten Modellen sowie sämtliche Bedarfsartikel im Arbeitsfache, Wäsche, Krüge, Leder-Strumpferien, schoner & Paar 80 Pf. Preisliste gratis.

Joh. Dohm, Kiel, Michelsenstraße 12, Spezialgeschäft für Brauereiarb.

Stoffe direkt private zu Anzügen, Paletots, Hosen. Stets das Neueste in praktischer Auswahl; durch enorme Preisunterstützung große Ersparnisse! - Waschen Sie einen Versuch, ich sende Muster sofort kostenlos und ohne Kaufzwang.

Tuchausstellung Emil Hohlfeldt Dresden 6.

Mitglieder des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter erhalten 10 % Rabatt.

Wasserdichte Holzschuhe niedrige und hohe mit Schnallen, nur Selbstfabrikate, nicht u. and. Systemen zu vergleichen. Besgl. Mälzerpantoffeln und Leberseil.

Gebr. Wittber, Copitz a. E.

Brauere Deutschlands! Prima Lederhose mit Lederlappen 8,50, Weste 4,50, Jackett mit warmem Futter 16 Mk. Lederhose III (Strahlgewebe) mit Lederlappen 6,50, Weste 3,50, Jackett 12 Mk. Lederhosen (Sorte II) 5,50, Weste 3, Jackett 11 Mk. Manchester (Sorte I), Hosi mit Lederlappen 8,50, Weste 4,50, Jackett 16 Mk. Manchester (Sorte II), Hosi mit Lederlappen 7, Weste 3,50, Jackett 14 Mk. Veredel nach allen Orten Deutschlands und des Auslandes. Schriftlänge und Brustweite gemäß für guten Sitz. Bei Bestellungen von 10 Mk. an frei ins Haus. Katalog frei.

Emil Hohlfeldt, Spezialfabrik für Berufslebung, Dresden N., Ritterstr. 2 u. 4.

Braulehranstalt Privatinstitut f. prakt. und wissensch. Ausbildung im Brauwesen. Mit Brauerei. Winterhauptkurs Beginn: 4. November 1913. Prospekte kostenlos. Bes. u. Direktor Ernst Hinterlath, München X.

Advertisement for Georg Herr Holzschuhfabrik featuring an image of a shoe and text: 'Neu verbessertes Modell 1913 mit geschloss. Lasche per Paar 4 Mk. besohlt 5 Mk. Bei 2 Paar 1/2, 3 Paar franko Inland. Gesetzl. gesch. Nr. 163 378. Ständig einlfd. freiwillige Anerkennungen. Georg Herr, Holzschuhfabrik Frankfurt a. M. Geinhäusergasse 5. Neue Preisliste gratis. Gegründet 1851.'